Vorschläge für die Empfehlungen der Antragsprüfungskommission

Vorsitzende: Ilse Fetik, Stv.: Franz Georg Brantner, Sabine Hafenscher

1. Sitzung: 22.9.2015 (Protokoll erste Sitzung der APK 22.9.2015)

Beginn: 10.00 – Ende: 13.00

Antrag zur Änderung der GO und Leitanträge

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag/ | Thema | Empfehlung | Notizen |
|  | Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung | Folgende Paragraphen wurden **einstimmig** zur Annahme empfohlen: 5, 8, 9,12, 15, 16, 20, 22, 26,27, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 46, 47;  Folgende **mehrheitlich**: 10, 19 und 21; |  |
|  | Leitantrag Mission Statement | Einstimmige Annahme |  |
|  | Leitantrag Steuern Änderungsantrag Kollegin Elisabeth Weihsmann | **Einstimmige** Annahme mit Änderungen | Bei der Grundsteuer: Streichung des Satzes „Im Rahmen der Neubewertung ist sicher zu stellen, dass es dadurch nicht zu einer Erhöhung sonstiger – an die Höhe der Einheitswerte – gekoppelter Gebühren kommt.“ Verbleib der Forderung nach Streichung der Anrechenbarkeit der Grundsteuer im Betriebskostenkatalog.  Begründung: Die Einheitswerte werden beim landwirtschaftlichen Besitz für die Befreiung z.B. von Studiengebühren u.a. herangezogen. Zu fordern, dass es durch die Neubewertung zu keiner an die Höhe der Einheitswerte gekoppelten Gebühren kommen darf, scheint entbehrlich. **einstimmig**  **Redaktionelle Anmerkung der APK**: Unter Überschrift „Vermögensbezogene Steuern“ nach „In den letzten Jahren“ Einschub von „und im Rahmen der Steuerreform 2015/16“. - **einstimmig** |
|  | Leitantrag Faire Arbeitsbedingungen | Einstimmige Annahme mit Änderungen | 4. Forderungspunkt im Kapitel Gesunde Arbeit lautet neu: „Verpflichtende Maßnahmen zur Umsetzung von alters- und alternsgerechtem Arbeiten durch ArbeitgeberInnen.“  Sowie Fußnote zur Forderungsüberschrift: „Altersgerechte Arbeitsgestaltung berücksichtigt die physischen und psychischen Veränderungen im Alter (z.B. Abnahme der Sehkraft) und zielt darauf ab, diese auszugleichen (z.B. durch Anpassung der Arbeitsumgebung). Im Unterschied dazu ist alternsgerechte Arbeit als präventiver Ansatz zu sehen, mit dem das Ziel verfolgt wird, die Arbeitsfähigkeit für die gesamte Dauer der Erwerbsfähigkeit zu erhalten und zu fördern. Notwendig ist beides: alters- wie auch alternsgerechte Arbeit.“ |
|  | Leitantrag Gute Arbeitszeiten | Mehrheitliche Annahme mit Änderungen  **In der Sitzung am 14.10. wird der Antrag samt vorgenommener Änderungsformulierungen noch einmal behandelt.** | **Der Abschnitt „Fazit“ wird nach dem ersten Satz durch folgenden Satz ergänzt: „**Dabei gilt es zu gewährleisten, dass Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt, sondern eine Verteilung der Arbeit zur Folge hat, die mehr Menschen Beschäftigung gibt und nicht zuletzt auch eine geschlechtergerechte Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit (etwa für Betreuungs-, Haushalts- oder Pflegearbeit) nach sich zieht.“  Ergänzung des Ersten Forderungspunktes zur Verkürzung Wochenarbeitszeit, erster Satz: „(…) sowie Personalausgleich“  Ergänzung letzter Forderungspunkt zu Jahresarbeitszeit: „Verpflichtende Personaleinstellung im Falle dauerhafter und regelmäßiger Mehr- und Überstunden bzw. verpflichtende Berücksichtigung des Wunsches nach Arbeitszeitaufstockung von Teilzeitbeschäftigten.“ |
|  | Leitantrag Mitbestimmung und kollektives Arbeitsrecht | Einstimmige Annahme |  |
|  | Leitantrag Wirtschaft | Mehrheitliche Annahme mit Änderungen | Beim Abschnitt „Finanzmärkte Bankenregulierung – Forderungen“ im fünften Absatz: Streichung des 3. und 4. Satzes und Ergänzung des 1. und 2. Satzes sodass der Absatz folgendermaßen lautet:  „Es war ein Erfolg, dass sich vorerst 11 Staaten auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer geeinigt haben. Durch massives Lobbying der Finanzbranche ist die Einführung und die Einigung auf ein gemeinsames Modell hintertrieben worden. ~~Die Gewerkschaften setzen sich weiter massiv für eine konsequente Umsetzung dieser Steuer ein. Wenn überhaupt sollen einer ersten Etappe nur Aktien und einige Derivate besteuert werden, von einer zweiten Etappe ist gar keine Rede.~~ Die GPA-djp setzt sich für eine möglichst breite Finanztransaktionssteuer ein.~~“~~ |
|  | Leitantrag Soziale Sicherheit | Einstimmige Annahme |  |
|  | Leitantrag Bildung | Einstimmige Annahme |  |
|  | Leitantrag EU/Internationales | Mehrheitliche Annahme |  |
|  | Leitantrag Gesellschaftspolitik | Einstimmige Annahme |  |
|  | Leitantrag Leitlinien zur KV-Politik | Mehrheitliche Annahme mit Änderungen | Ad 1.4: 1. Satz im zweiten Absatz: Statt längerer Lebensarbeitszeit „längere Erwerbsphase“ – **einstimmig**  Ad 3.2: 8. Absatz am Ende „…geteilte Dienste hintangehalten werden.“ Die APK für das Bundesfrauenforum empfiehlt im Kapitel „Arbeitsmarkt – Arbeitszeit – Arbeitslosigkeit“ die Forderung „Keine geteilten Dienste“ anzunehmen. Diese Formulierung ist etwas klarer, sie steht allerdings uE nicht im Widerspruch zum obig angeführten Ziel „geteilte Dienste hintanzuhalten“. Die Textpassage muss somit nicht geändert werden.  Ad 6.1: Überschrift lautet nun „Familie“, Privatleben, Bildung und Beruf“ - **einstimmig** |
|  | Leitantrag der IGen „Gewerkschaft hat Zukunft“ | einstimmige Annahme |  |
|  | Antrag Umstrukturierungen  WB Vorsitzenden & Stv., und Frauenbeauftragten | **Einstimmige** Annahme mit Änderung/Ergänzung | Ergänzung:  "Bestehende Datenschutzrechtliche Bestimmungen dürfen nicht dazu genutzt werden, um dem Betriebsrat wesentliche Informationen zu überlassenen MitarbeiterInnen vorzuenthalten."  Einfügung der Textpassage bei Verweis auf GPA-djp Positionierung zu Datenschutz auf S. 2. |

Anträge Region Wien

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag/ | Thema | Empfehlung | Notizen |
| 1 | Leitantrag Region Wien | Dieser entspricht weitgehend inhaltlich den Leitanträgen des Bundesvorstands und ist somit in diesen enthalten.  Die Änderungen bzw. Ergänzungen werden zur Annahme empfohlen: | Anhebung der Mindestlöhne- und -gehälter auf 1.700,-- EUR  Verpflichtung, dass die Ziele für Incentivevereinbarungen (Bonus) in der Normalarbeitszeit erreichbar sind  Bildung: Individuelle Entwicklung, Förderung und Bildung sind die Grundsteine für die Beseitigung von Diskriminierung und der „Vererbung“ von Bildungsbiographien sowie der Grundstein für eine ganzheitliche Entwicklung.  Ausbau qualitativ pädagogisch hochwertiger Ganztagesschulen, Schaffung von Bildungsstätten mit ausreichender räumlicher, finanzieller und personeller Ausstattung, wo formelle und informelle Bildung – Unterricht und Freizeitpädagogik – über den ganzen Tag verteilt stattfindet.  Das System der Abfertigung neu gehört dringend reformiert.  Die GPA-djp spricht sich gegen eine weitere Dynamisierung des Arbeitsmarktes aus. Schon jetzt sind – trotz der Bestimmungen des § 105 ArbVG – ArbeitnehmerInnen über dem 50. Lebensjahr deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Es muss im Interesse einer sinnvollen Arbeitsmarktpolitik sein, Menschen so lange als möglich im Arbeitsprozess zu halten und diverse Schutzbestimmungen zumindest nicht zu verschlechtern, respektive dem geltenden Recht praxisorientiert Rechnung zu tragen. |
| 2 | Einheitliche gesetzliche Standards in der Kinder- und Jugendbetreuung (Bundesrahmengesetz); solange dies fehlt – Festlegung von Mindeststandards (in zahlreichen Bereichen) durch die Länder | Annahme mit Änderungen | Ad 2. Forderung: da der Antrag beim BUFO eingebracht wird, sollte die Wortfolge „muss das Land Wien“ durch „**müssen die Bundesländer**“ ersetzt werden |
| 3 | KV für private Kinderbildungseinrichtungen | Annahme |  |
| 5 | Zurverfügungstellung von zweckmäßiger Berufsgruppenkleidung im Sozial- und Gesundheitsbereich (insb. bei mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten und in der Straßensozialarbeit) durch den AG durch entsprechende Bestimmungen in den relevanten KVen | Annahme mit Änderungen | Ad 2. Forderung: da - wie im Antrag angesprochen – hier viele Beschäftigten Teilzeit arbeiten, sind steuerliche Begünstigungen eine weniger geeignete Entlastungsmaßnahme, da die Betroffenen auf Grund des hohen Grundfreibetrages oft gar keine bzw. nur sehr wenig Lohnsteuer zahlen. Aber die steuerliche Berücksichtigung ist nur für den Fall vorgeschlagen, dass keine Berufsgruppenkleidung durch den Arbeitgeber zur Verfügung gestellt wird. |
| 6 | Neue gewerkschaftliche Herausforderungen im Bereich Demenz und Migration | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: Annahme mit Ausnahme der 5. Forderung (32 Wochenstunden und max. 4 Arbeitstage pro Woche)  2. Teil (= Streichung ab „und Verringerung der Arbeitszeit…“), da die Forderung nach AZ-Verkürzung im Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ geregelt wird (Verkürzung auf 35 Stunden und mittelfristig auf 30 Stunden verbunden mit einem Rechtsanspruch auf Verteilung dieser (verkürzten AZ) auf vier Tage. Zudem Rucksackprinzip zum besseren Erreichen der 6. Urlaubswoche) |
| 8 | Anerkennung von mobiler Pflege- und Betreuung als Schwerarbeit und verpflichtende SEG-Zulagen in allen relevanten KVen | Annahme | **Anmerkung**: Die zweite Forderung wird insofern relativiert, als das richtigerweise betont wird, dass eine wesentliche Voraussetzung für verpflichtende SEG-Zulagen in den relevanten KVen darin besteht, dass die Trägerorganisationen der mobilen Pflege dafür ausreichend finanzielle Mittel von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt bekommen. |
| 9 | Verankerung des „Bestbieterprinzips“ im BVergG (Qualitätssicherung in der Bundesvergabe) | Annahme | **Anmerkung**: Im Leitantrag 8 „Soziale Sicherheit“ wird folgende Forderung aufgestellt: „Bei öffentlichen Auftragsvergaben sind Entscheidungen nach dem Bestbieterprinzip zu treffen“. Die Forderung ist somit bereits in den Leitanträgen enthalten. |
| 11 | Eine Reihe von Maßnahmen für eine zeitgemäße Pflege in Österreich | Annahme mit Änderungen | Ad 5. Forderung: etwas unkonkrete Formulierung: Besteht „der Praxistest“ nicht darin, dass die Auszubildenden während des Ausbildungszeitraumes Praxisblöcke zu absolvieren haben und so Einblick in den Berufsalltag bekommen? Vorschlag: Streichung des zweiten Satzteiles; |
| 12 | Umfassende Maßnahmen zur Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: Die Forderung nach „gesetzlichen Schritten zu einer Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit in Richtung 30-Stunden-Woche bei vollem Einkommensausgleich“ deckt sich inhaltlich mit dem Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ wo grundsätzlich eine Verkürzung der NAZ auf 35 Stunden bei vollem Lohn-/Gehaltsausgleich gefordert wird; als erster Schritt dazu wird eine Verkürzung der gesetzlichen NAZ auf 38,5 Stunden angesehen und mittelfristig wird eine 30 Stunden Woche angestrebt.  Ad 7. Forderung: um inhaltlich mit Leitantrag 5 übereinzustimmen, Änderung in: „Maßnahmen zum Abbau von Überstunden, insbesondere über eine Verteuerung von Überstunden, z.B. durch höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitgeber, in deren Unternehmen besonders viele Überstunden geleistet werden.“  Ad 9. Forderung: 6 Wochen Urlaubsanspruch für alle unselbständig Beschäftigten.  Vorschlag: Abstimmung mit Formulierung aus Leitantrag 5: „Volle Anrechnung von Vordienstzeiten zum besseren Erreichen der 6. Urlaubswoche. Analog zur Regelung bei der Abfertigung Neu soll der/die ArbeitnehmerIn auch bei Wechsel des Dienstgebers seine/ihre Ansprüche mitnehmen können.“ |
| 13 | Maßnahmen für eine zeitgemäße Sozialarbeit im 21. Jhdt., insb. eigenes Bundesberufsgesetz für SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen | Annahme |  |

Anträge Region Tirol

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag | Thema | Empfehlung | Notizen |
|  | Leitantrag | Dieser entspricht inhaltlich den Leitanträgen des Bundesvorstands und ist somit in diesen enthalten.  Ausnahme:   * Forderung nach kollektivvertraglichen Mindestlohns/-gehalts von EUR **1800,--**. Im Leitantrag 1 „Mission Statement und den Anträgen der WB Vorsitzenden werden 1.700,-- EUR gefordert.   Im Sinne einer einheitlichen Beschlussfassung werden 1.700,-- empfohlen.  Eine weitere Abweichung betrifft die **Arbeitszeitverkürzung**  Tirol fordert eine „eine generelle Verkürzung der **gesetzlichen** Arbeitszeit **auf 35 Stunden** und setzen uns für weitere Verkürzungen der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden zu nächst im KV ein. Die Verkürzung soll mit Lohn- und Gehaltsausgleich erfolgen“  Im Leitantrag des Bundesvorstands „Gute Arbeitszeiten“ wird eine Verkürzung der **gesetzlichen** Arbeitszeit **auf 38,5** und der kollektivvertraglichen auf 35 Stunden mit dem mittelfristigen Ziel einer 30 Stundenwoche gefordert.  Empfehlung: Übernahme der Forderung des Bundesvorstandes |  |
| 2 | Rechtsanspruch auf Altersteilzeit | Annahme | **Anmerkung**: ist im Antrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ als Forderung bereits enthalten. Hier wird gefordert: „Individueller Rechtsanspruch von ArbeitnehmerInnen auf Altersteilzeit.“ |
| 3 | Verpflichtung des AG zur Errichtung einer Betriebskinderbetreuungseinrichtung ab 250 MA | Zuweisung oder Vorschlag in der APK  Es ist zu diskutieren, ob die Grenze von 250 MitarbeiterInnen als sinnvoll erachtet wird. | Im Leitantrag für das Bundesfrauenforum wird ua gefordert: „Ausbau von qualitativ hochwertigen, flächendeckenden Kinderbetreuungs- und -Kinderbildungsplätzen sowie Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Bildung ab dem 1. Lebensjahr.“ sowie „Recht auf qualitativ und quantitativ ausreichende und finanziell leistbare Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder ab dem 1. Lebensjahr und Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Schulkinder.“  Die Verpflichtung des AG ab einer Beschäftigungsanzahl von 250 MA einen Betriebskindergarten zu errichten bzw. geeignete Plätze anzubieten geht noch über die obig genannten Forderungen hinaus bzw. ergänzt diese. |
| 5 | Flächendeckende Einführung eines Vertretungsorgans für die „Lehre mit Matura“-SchülerInnen | Annahme | Ein Vertretungsorgan für die SchülerInnen der Vorbereitungskurse für die Berufsreifeprüfung, das ähnlich wie die Vertretung an den Berufsschulen aufgebaut sein soll, ist sinnvoll und vernünftig. |
| 6 | Bezahlte Dienstfreistellung für Mitglieder von freiwilligen Blaulichtorganisationen im Einsatzfall | Annahme bzw. Diskussion in APK | Der Antrag wird damit begründet, dass die bezahlte Freistellung im Einsatzfall erforderlich ist, um das System der Freiwilligkeit (freiwillige Feuerwehr, Rettungsorganisationen, Bergrettung, etc.) aufrechterhalten zu können. Die Frage ist, ob dies aus gewerkschaftlicher Sicht anzustreben ist, oder nicht eine breitere Versorgung durch die öffentliche Hand erfolgen sollte. |
| 7 | Verlängerung der Pflegefreistellung gem § 16 Abs 1 und 2 UrlG um jeweils eine Woche | Annahme oder Annahme mit Änderungen | Gefordert wird eineVerlängerung sowohl des Grundanspruches als auch des weiteren darüber hinausgehenden Anspruches für die Betreuung von Kindern bis zum 12. Lj. um jeweils eine Woche.  Alternativvariante: Forderung der Anhebung des Grundanspruches um eine Woche auf zwei Wochen bleibt bestehen, und zweiter Forderungspunkt wird gestrichen. (Zur Info: Im Leitantrag für das Bundesfrauenform wird keine Verlängerung der Pflegefreistellung verlangt.) |
| 8 | Aufarbeitung von Straßen-/Gassen-/Platznamen bzw. Gebäuden und Einrichtungen die nach NS-VerbrecherInnen benannt sind | Annahme | Im Sinne einer lückenlosen Aufarbeitung der NS-Herrschaft und von deren Auswirkungen ist der Antrag zu bejahen. |
| 9 | Sechste Urlaubswoche ab 25 Dienstjahren (unabhängig von durchgängiger Betriebszugehörigkeit) sowie Urlaubsanspruch für freie DN | Annahme | **Anmerkung**: Sechste Urlaubswoche ab 25 Jahren auch bei DG-Wechsel ist in Antrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ enthalten: „Volle Anrechnung von Vordienstzeiten zum besseren Erreichen der 6. Urlaubswoche. Analog zur Regelung bei der Abfertigung Neu soll der/die ArbeitnehmerIn auch bei Wechsel des Dienstgebers seine/ihre Ansprüche mitnehmen können.“  Forderung nach Einbeziehung der freien DN in das UrlG ist zu bejahen, da die IG work@flex auf der „watchlist prekär“ und in ihrem Leitantrag („Gewerkschaft hat Zukunft“) die „arbeitsrechtliche Gleichstellung von freien DN mit unselbstständig Beschäftigten“ verlangt, was auch die Einziehung in das UrlG und den daraus resultierenden Urlaubsanspruch impliziert. Die Forderung ist somit bereits im Leitantrag der IG enthalten. Sie findet sich ebenso (sogar explizit) im Leitantrag 4 „Faire Arbeitsbedingungen“. |
| 10 | Anhörung des Jugendvertrauensrates im Landesfeuerwehrgesetz | Zuweisung | Der Antrag hat keine bundesweite Bedeutung, da er sich auf die Änderung einer VO der LReg, die wiederum auf einem LandesG basiert, bezieht. |
| 12 | Uneingeschränkte Anerkennung der Berufsreifeprüfung | Annahme |  |
| 13 | Wiederaufnahme der Zuschüsse zur studentischen Selbstversicherung iHv 50% durch das BMWFW | Annahme mit Änderungen | Streichung von „und Pensionsversicherung“, da sich der Zuschuss auch vor 2011 nur auf die gesetzliche KV bezogen hat. |
| 14 | Unterrichtsfach Politische Bildung ab der 5. Schulstufe | Annahme mit Änderung | **Anmerkung**: Im Leitantrag 8 „Bildung“ wird die „Einführung sowohl von Sozial- und Arbeitsrechtsunterricht als auch von politischer Bildung als verpflichtendem Unterrichtsfach im Sinne einer umfassenden Allgemeinbildung, die besonders auch emanzipatorische und zivilgesellschaftliche Bildungsziele zur berücksichtigen hat“ gefordert. Diese Formulierung umfasst die genannte Forderung im Wesentlichen. Politische Bildung bereits ab der 5. Schulstufe ist zudem vielleicht etwas zu früh. Vorschlag: Änderung in „ab der 7. Schulstufe“. |
| 15 | Einführung einer Vermögensteuer und Senkung der Steuern auf Arbeit | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: Sämtliche Forderungen des Antrages sind im Leitantrag 3 „Steuern“ enthalten bzw. werden dort erläutert. Folgende Abweichungen gibt es: Der Freibetrag bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer beträgt nach dem ÖGB-Modell für Angehörige EUR 300.000,-, für alle anderen jedoch (nur) EUR 150.000,-. Im Leitantrag ist der Freibetrag bei der Vermögensteuer mit EUR 700.000,- niedriger. |
| 16 | Einkommensschere schließen mit 1:12 | Das Ziel die Einkommensschere zu schließen ist zu befürworten.  **Umformulierung** dahingehend Ziel sei es, die Einkommensschere in Richtung 1:12 zu schließen. | Ad 1. Forderung: Der ÖGB kann sich nicht im ÖGB für etwas einsetzen, das können nur die Fachgewerkschaften. Ad 3. Forderung: Eine Einkommensschere von 1:12 gibt es in den KVen gar nicht, Beispiele: BAGS – 1:2,8, EVU – 1:3,17, Metall – 1:2,95, Sparkassen – 1:2,7; |
| 17 | Infrastruktur in öffentlicher Hand | Annahme mit Änderungen | Rückkauf von Unternehmen in der Daseinsvorsorge ist sinnvoll.  Die Frage ob das zum damaligen Verkaufspreis sein muss kann offengehalten werden - Streichung der zweiten Forderung? |
| 18 | BR mit JVR stärken | Annahme – evtl. Umformulierung der 3. Forderung:  „statt der ÖGB und seine Teilgewerkschaften werden angehalten“, „Bei der Besetzung von Gewerkschaftsfunktionen soll auch berücksichtigt werden, ob es in Betrieben JVRs gibt oder diese in absehbarer Zeit gegründet werden… | Die dritte Forderung, Funktionen in der Gewerkschaft vorrangig an Betriebsräte zu vergeben in denen ein JVR gegründet wird oder existiert, ist schwer administrierbar, da es auch andere wichtige Kriterien für die Gremienzusammensetzung gibt zB steigender Organisationsgrad) |
| 19 | Einführung und Bewerbung einer Finanztransaktionssteuer | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist im Leitantrag 3 „Steuern“ enthalten: „Rasche Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer“.  Ad 1. Forderung: Diese ist widersprüchlich formuliert. Der ÖGB kann sich nicht im BuVo der GPA-djp und in den eigenen Gremien für die Spekulationssteuer einsetzen? Daher:  In der ersten Forderung Streichung des Satzes „im Bundesvorstands…“ |
| 20 | 12-Stundentag verhindern | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: Die zweite Forderung ist im Wesentlichen im Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ enthalten: „Generelle Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn-/Gehaltsausgleich. In einem ersten Schritt soll analog zu vielen KV-Regelungen die gesetzliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden reduziert werden. Mittelfristig streben wir eine 30 Stunden Woche an.“ Und: „Volle Anrechnung von Vordienstzeiten zum besseren Erreichen der 6. Urlaubswoche. Analog zur Regelung bei der Abfertigung Neu soll der/die ArbeitnehmerIn auch bei Wechsel des Dienstgebers seine/ihre Ansprüche mitnehmen können.“  **Die entscheidende Frage hinsichtlich des Antrages besteht darin**: Soll sich die GPA-djp generell gegen jegliche weitere AZ-Flexibilisierungen stellen oder hier offen sein, und die Zustimmung vielmehr vom Gesamtpaket abhängig machen?  Umformulierung: „Gewerkschafter lehnen Arbeitszeitverlängerungen und Änderungen der Arbeitszeiten ab, die Verschlechterungen für die die ArbeitnehmerInnen bringen. Arbeitszeitregelungen müssen für ArbeitnehmerInnen Vorteile bringen ansonsten müssen wir dagegen mobilisieren.“ | |
| 21 | Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden als erster Schritt für eine Verkürzung auf 30 Stunden | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: diese Forderung ist im Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ enthalten bzw. abgebildet (siehe Antrag 20); einziger Unterschied: als erster Schritt soll im Leitantrag die gesetzliche AZ analog zu vielen KV-Regelungen auf 38,5 Stunden herabgesetzt werden. Daher Vorschlag: Übernahme der Formulierung des Leitantrages | |
| 22 | Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestlohns/-gehalts auf EUR 1800,- | Annahme mit Änderungen | **Anmerkung**: Im Leitantrag 1 „Mission Statement“ ist entsprechend dem zuletzt von Wolfgang Katzian und Erich Foglar öffentlich bekundeten Ziel der Anhebung der KV-Mindestlöhne/-Gehälter auf **EUR 1700,-**, der gerade erwähnte Betrag als künftige Zielsetzung genannt. Vorschlag: Forderung ist grds im Mission Statement bereits enthalten; wenn der Antrag aufrechterhalten bleibt, dann müsste der Betrag auf EUR 1700,- geändert werden.  Beim Bundesforum 2010 haben wir das Ziel von 1.300 EUR und Mindestgehalt beschlossen und dieses im Lauf der Periode schrittweise durch höhere Ziele ersetzt.  - 1700 EUR entsprechen 9,9 EUR Stundenlohn (Sonderzahlungen nicht eingerechnet) und das sind 50% des Durchschnittstundenverdienstes bzw. 77% vom Median  Wenn man das international vergleicht, sollte man Sonderzahlungen einrechnen. Dann würden 1750 14 mal 1983 auf Jahreszwölftel entsprechen bzw. 11,5 je Stunde. Das wäre höher als der höchste gesetzliche Mindestlohn in der EU. (Lu: 11,12 EUR, F: 9,61, Nl: 9,21) Quelle WSI Mitteilungen 2/2015 | |
| 23 | Reformmaßnahmen für Zivil- und Präsenzdienst | Annahme mit Änderungen | Die ersten acht Forderungen sind zu bejahen; ad 9. Forderung: diese Forderung ist uE zu unkonkret, daher Änderung in: „Anrechnung von im Rahmen des Zivil- oder Präsenzdienstes erhaltenen Zusatzqualifikationen, sofern diese in einem unmittelbaren Zusammenhang zur angestrebten Aus- oder Weiterbildung stehen.“  Ad 12. Forderung - Empfehlung: Streichung, da das BUFO nicht beschließen kann, dass sich die GPA-djp Tirol in allen weiteren Gremien der GPA-djp für die Erarbeitung eines Konzeptes für einen einheitlichen KV für Zivil- und Präsenzdiener einsetzen wird und ein eigener KV für Präsenz- und Zivildiener im Widerspruch zur 10. Forderung 3. Halbsatz („dass sie (=Zivildiener) in arbeits- und kollektivvertragliche Bestimmungen der Trägerorganisationen miteinbezogen werden“) steht. | |
| Hat keine Nr | Frauenleitantrag | Antrag entspricht bis auf wenige Punkte dem Leitantrag des Bundesfrauenforums.  Behandlung der abweichenden Punkte als Änderungsanträge der Region Tirol | **Anmerkung**: Dieser Leitantrag **deckt** sich bis auf wenige Punkte/Forderungen mit dem Leitantrag für das Bundesfrauenforum, es macht daher uE wenig Sinne diesen als solches als Antrag der GPA-djp-Tirol in das BuFo einzubringen.  **Bedeutende Abweichungen** sind:   * KV-Mindestgehalt von EUR 1800,- statt EUR 1700,-; * Volle Anrechnung der Kinderziehungszeiten in der der PV für jedes Kind unabhängig in welchem Abstand die Kinder geboren sind * **Anmerkung**: Die APK empfiehlt eine bessere Anrechnung der Kinderziehungszeiten in der PV; nicht jedoch eine „doppelte Berücksichtigung sich überlappender Kindererziehungszeiten“ * Einführung des „ius soli“ im österr. Staatsbürgerschaftsrecht. * Anmerkung: Das entspricht inhaltlich der Forderung, dass . „Kinder, die in Österreich geboren sind und deren Eltern sich bereits mehrere Jahre legal in Österreich aufhalten, automatisch die österr. Staatsbürgerschaft erhalten sollen“. (entspricht BuVo-Beschluss aus 2012 und Formulierung in Leitantrag 11 „Gesellschaftspolitik“). | |
| Initiativantrag eines Mitglieds | Automatische Indexierung der Steuerstufen anhand des VPI zur Bekämpfung/Abschaffung der Kalten Progression („Tarif auf Rädern“) | Ablehnung, weil es dazu eine andere Forderung im Leitantrag Steuern gibt, die dieselbe Zielsetzung mit einer anderen Maßnahme anstrebt. | In ÖGB/AK-Modell wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Kalten Progression formuliert, die sich in Leitantrag 3 „Steuern“ wiederfinden: „Damit die Steuerentlastung auch nachhaltig gesichert wird, bräuchte es jedoch noch zusätzliche Maßnahmen: Wenn die Teuerung seit der letzten Tarifanpassung insgesamt 5% erreicht hat, soll – vergleichbar mit entsprechenden Regelungen für Mieten – wieder eine Anpassung des Steuertarifs stattfinden. Wie die Anpassung konkret erfolgt, muss allerdings eine politische Entscheidung bleiben, das ermöglicht sozial ausgewogene Lösungen. Kommt keine politische Einigung zustande, soll automatisch eine vorher gesetzlich festgesetzte Lösung in Kraft treten.“ | |

Anträge GPA-djp PensionistInnen

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag | Thema | Empfehlung | Notizen |
|  | Pensionen | Ergänzung des Leitantrag Soziale Sicherheit um 2 Forderungen:  Ablehnung eines Automatismus zur Anhebung des Pensionsalters.  Eine korrekte Darstellung des gesamten Aufwandes für Pensionen. | Dieser deckt sich bis auf 2 Forderungen mit dem Leitantrag Soziale Sicherheit. Diese werden in den Leitantrag ergänzt. |
|  | Pflege und Betreuung | Annahme | Kein Widerspruch zum Abschnitt Pflege im Leitantrag Soziale Sicherheit. Schwerpunkt auf 24 Stunden Personenbetreuung |

Anträge work @ migration

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Für menschenwürdiges Asyl | Annahme |  |
|  | Antrag: Verbesserung der Situation von SexdienstleisterInnen | Zuweisung an das Präsidium | Der Antrag thematisiert viele Punkte, die vertieft diskutiert werden müssen, da es dazu keine gemeinsame Sichtweise gibt (z.B. freie Wahl zwischen selbstständiger und unselbständiger Ausübung der Tätigkeit), daneben gibt es viele Punkte die zur Annahme empfohlen werden (Verbot der Bewerbung, Beauftragung, Nachfrage und Angebot von unsafen Sexdienstleistungen)  Es ist zu entscheiden, ob und in welchem Ausmaß die GPA-djp dieses Thema diskutieren will. |
|  | Antrag auf Hinnahme der Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaft | Annahme |  |

Anträge Mitglieder

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Mag. Gerhard Mikolasch  Mg.Nr.: 007629427 | Einrichtung von Branchensolidaritätsfonds zur Verhinderung von Arbeitslosen | Zuweisung  Statt eines Bonus Malus Systems sollen Branchensolidaritätsfonds eingeführt werden. Finanziert durch Unternehmen und Mitarbeiter  Ziel: Lohnersatz für vorzeitig Ausgeschiedene, Umschulungskosten, Arbeitszeitreduktion-Lohnausgleich, Vorruhestand | Derartige Zwecke kann man mit Arbeitsstiftungen durchsetzen. Das ist auch sinnvoll, hat aber einen anderen Zweck als das Bonus Malus-system. Dieses soll jene fördern, die ältere beschäftigen. Da geht es also nicht darum Auffanglösungen zu haben für ältere die abgebaut werden.  Insofern stehen sich die beiden Instrumente nicht entgegen, weil sie andere Zwecke verfolgen.  Nur bedingt vereinbar ist diese Forderung mit der Position, Unternehmen verstärkt zur Schaffung alterns-/altersgerechter Arbeitsbedingungen zu verpflichten und einen Rechtsanspruch auf Umstieg auf eine weniger belastende Tätigkeit zu verankern. Ältere AN mittels Branchensolidaritätsfonds abzubauen, wäre für Unternehmen wahrscheinlich die weniger herausfordernde Möglichkeit. |
| **FCG** |  |  |  |
| Wolfgang Pischinger, Mg.Nr.: 009479600 | Mensch und Arbeit | Annahme  Forderung nach Generationenmanagement und „Alternsbeauftragten“ erzwingbare BVs |  |
| Hans Jappel, Mg.Nr.: 007638515 | Keine Aufweichung der Sonntagsruhe im Wiener Handel | Annahme |  |
| Sibylla Wachsler, Mg.Nr.: 090580230 | Automatische Inflationsanpassung der Absetzbeträge und Einkommensgrenzen bei den Steuertarifen | Vorschlage: Abstimmung mit der Forderung nach Valorisierung im Leitantrag Steuern  Valorisierung Absetzbeträge  Bei den Steuerstufen abweichende Formulierung: Vorschlag: statt automatische Inflationsanpassung: - regelmäßige Maßnahmen zum Ausgleich der kalten Progression |  |
| Franz Haberl,. Mg.Nr.: 008942757 | Anhebung der Beiträge in Mitarbeitervorsorgekassen | Annahme, wobei im Antrag Soziale Sicherheit folgender Passus steht, was aber keinen Widerspruch darstellt. Das könnte ergänzt werden.  „Bevor es eine – grundsätzlich anzustrebende - Erhöhung des gesetzlichen Beitrages geben soll, muss die Effizienz des Systems verbessert werden.“ |  |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **AUGE** |  |  |  |
| Stefen Buger  Mg.Nr.: 08628816 | Arbeitszeitverkürzung | **Annahme mit Änderungen** um stimmige Gesamtposition zu haben. Forderungen decken sich weitgehend mit dem Leitantrag  Forderung nach AZV „Richtung 30 Stunden-woche – auch im AZ Leitantrag,  tägl. NAZ „Richtung 6 Stundentag“ - nicht im Leitantrag, hier gibt es unterschiedliche Einschätzungen und Meinungen. Die Bedürfnisse zur Aufteilung einer kürzeren Wochenarbeitszeit sind nicht einheitlich und hier sollte es flexible Lösungen geben.  6 Wochen Urlaub für alle Beschäftigten  (der Leitantrag setzt sich für volle Vordienstzeitenanrechnung ein) |  |
| Stefan Steindl  Mg.Nr.: 230507037 | Demokratie im Betrieb | v.a. Erweiterung der Kompetenzen von BetriebsrätInnen  Eine Reihe von Forderungspunkten wird durch geltende gesetzliche Bestimmungen bereits geregelt. Einige Forderungspunkte sind im Rahmen des Leitantrages im Kapitel Mitbestimmung und kollektives Arbeitsrecht bereits enthalten.  Manche der Punkte müssten genauer diskutiert werden (zB befristeter Kündigungsschutz bei kritischer freier Meinungsäußerung bzw. Forderungen, die eine grundlegende Neuregelung hinsichtlich Rolle und Verantwortung der Interessenvertretung bedeuten würde, z.B. Vetorecht bei AG-Maßnahmen und bei Bestellung des Managements). **Betreffend diese Punkte: Zuweisung an das Präsidium** |  |
|  |  |  |  |
| Mitglieder | Solidarität kennt keine Grenzen | **Annahme bzw. Zuweisung der Forderung nach einem eigenen Fonds an das Präsidium**  Für funktionierendes Seenotrettungssystem  Kritik an Dublinkonventionen  \* die Überprüfung von Immobilien im Einflussbereich des ÖGB in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen  \* die Einrichtung eines gewerkschaftlichen Fonds zur Finanzierung von Projekten von engagierten Gewerkschaftsmitgliedern zur Unterstützung von Flüchtlingen  \* unseren Einsatz auf gesetzlicher Ebene zur Einrichtung von legalen Fluchtwegen nach Europa und zur Finanzierung eines Seerettungsprogramms | Martin Birkner  Michael Botka (223590423)  Diane Branellec (010790993)  Clemens Christl (009957618)  Vedrana Covic (23734208)  Manuel Domnanovich  Robert Foltin (223150502)  Camila Garfias (264921495)  Lucia Grabetz (245124524)  Rainer Hackauf (239548899)  Peter Haumer  Julia Hofmann (221525312)  Gerd Jung (219035623)  Daniela Koweindl (225591509)  Katharina Krischke (245689618)  David Laumer (248887749)  Maria Lehmden (226151359)  Hanna Lichtenberger (202985756)  Monika Mokre  Michaela Moser (010543430)  Markus Netter  Marlene Nuver (246147921)  Benjamin Opratko (226145013)  Maria Pollak (243410578 )  Florian Reiter (227856120)  Daniel Sanin (234278043)  Axel Schacht (227107597)  Andrea Schoberleitner (233122527)  Sarah Seiwald (231007607)  Linda Sepulveda Urrejola (107787437)  Lisa Sinowatz  Sandra Stern (225717669)  Christine Stern  Stefan Steindl (230507037)  Samuel Stuhlpfarrer (232464170)  Philip Taucher (237286798) |
| 7 Mitglieder | Gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen | - bei Aufenthaltsberechtigung uneingeschränkter Arbeitsmarktzugang;  - Aufhebung des Bartenstein-Erlasses;  - Uneingeschränkter Arbeitsmarktzugang für AsylwerberInnen nach längstens 3 Monaten Wartezeit;  - Beweislastumkehr zum Nachweis von Arbeitsverhältnissen - sinnvoll  - Keine Verfallsfristen unter 3 Jahren  **Anmerkung**: kurze Verfallsfristen finden sich in vielen Kollektivverträgen. Die Forderung ist aber sinnvoll.  Im KV Leitantrag wird allgemein gefordert, dass „Verjährungs- und Verfallklauseln sind so zu gestalten, dass Angestellte ausreichende und praxisnahe Möglichkeiten vorfinden offene Ansprüche aus dem Dienstverhältnis geltend zu machen.“  Fristauslösung erst ab nach Beendigung des Dienstverhältnisses wäre ein Bruch, weil diese jetzt ab Fälligkeit erfolgt. Es ist fraglich, ob das praktikabel ist.  - Gesicherter Aufenthalt während arbeitsrechtlichen Verfahren  Anmerkung: entspricht der Forderung im Leitantrag Gesellschaftspolitik: „Damit ArbeitnehmerInnen ohne legalen Aufenthaltstitel ihre Ansprüche auf Entgelt und Sozialversicherungsbeiträge geltend machen können, sollen sie während eines diesbezüglichen laufenden Rechtsstreits nicht abgeschoben oder ausgewiesen werden können.“  - Parteienstellung für ArbeitnehmerInnen, für die eine Beschäftigungsbewilligung beantragt wird – **sinnvoll**  - Abschaffung der Bestrafung von undokumentiert Arbeitenden bei Nichteinhaltung von gesetzlichen Pflichten durch ArbeitgeberInnen  Eventuell: es sein denn das erfolgte im Einvernehmen, wobei aber eine Beschäftigungsbewilligung nur der AG beantragen kann. | Rainer Hackauf (239548899)  Karin Jovic (224235023)  Daniela Koweindl (225591509)  Stefan Steindl (230507037)  Sandra Stern (225717669)  Philip Taucher (237286798)  Andreas Wöckinger (249662097) |

Frauen APK Ergänzungen

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  |  |  | Forderung nach 50% Quote in Aufsichtsräten versus 40% im Leitantrag Gesellschaftspolitik  **Ergänzung**: Forderung nach 50% Mehrarbeitszuschlag bei Mehrarbeit.  Der Leitantrag AZ fordert nur den Entfall der 3 monatigen Durchrechnung **Empfehlung Annahme** - **Forderung** nach Elternteilzeit auch für Betriebe bis 20 Beschäftigte bzw. mit weniger als 3 Dienstjahren – **Empfehlung Annahme**  - Bildung: nichtselektives, differenzierendes Bildungssystem,  - Erweiterung der Bildungsfreistellung für BR Mitglieder auf 5 plus 2 Wochen in einer Funktionsperiode  Im Leitantrag Mitbestimmung  "Deutliche Erhöhung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung für die erste Periode als Betriebsratsmitglied bzw. als Vorsitzende/r, um neu gewählten BetriebsrätInnen die Möglichkeit zu geben, sich ehest möglich die erforderliche soziale und fachliche Qualifikation anzueignen. "  Geschlechtergerechtigkeit in die Wirtschaftspolitik:  Ziel mittelfristig Anhebung der Negativsteuer auf bis zu 600,-- EUR und Rückerstattung der SV Beiträge auch über die 50% Markte hinaus  Empfehlung: Annahme |